

UNIVERSITÄTSZEITUNG

27

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
8. 7. 1965
9. JG. / 33 603
15 PFENNIG

Sächsische
Landesbibliothek

14 JULI 1965

Ist alles gut gerüstet für den Leipziger Studentensommer?

Siegfried Thöle, Lagerleiter in Groß Körös:

Horst Schumann kommt nach Groß Körös

Interviewer: Heidi Kabitz

Nach dem neuesten Stand der Vorbereitungen auf das Sommerlager in Groß Körös erkundigten wir uns bei Siegfried Thöle, FDJ-Sekretär der Medizinischen Fakultät.

Frage: Siegfried, du wirst Leiter des Sommerlagers Groß Körös sein. Sind die Vorbereitungen für das Lager schon abgeschlossen?

Siegfried Thöle: Die Vorbereitungen sind noch im vollen Gange. Täglich bekommen wir neue Meldungen von den einzelnen Fakultäten. Bisher haben wir eine Teilnehmerzahl von 850 erreicht.

Frage: Welche Fakultäten rangieren bei diesem „Wetlauf“ an der Spitze?

Siegfried Thöle: Die Teilnehmerzahl richtet sich nach der Größe der Fakultäten. So kommen etwa 200 Me-

diziner, 80 Studenten von der WiFa, 250 von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Beispielsweise hat sich die WiFa vorbereitet. Dort wurden die Teilnehmer sehr gründlich ausgewählt. Das Ziel hieß: 70 Teilnehmermeldungen. Schon seit Wochen haben inzwischen 80 Studenten ihren Beitrag bezahlt. Oder: An der Medizinischen Fakultät ist für viele diese Fahrt zur Tradition geworden. Das fünfte Studienjahr wollte 40 der besten Studenten ins Lager schicken, jetzt sind es bereits 50 Mann.

Frage: Sicher habt ihr in diesem Sommer auch wieder prominente Gäste eingeladen. Wen können wir nennen?

Siegfried Thöle: Wir haben eine Menge Einladungen verschickt. Einige Zusagen haben wir schon erhalten: von dem bekannten Sport-Journalisten Klaus Ulrich, von Prof. Ernst-Hermann Meyer von der Humboldt-Universität Berlin, Prof. Wilms vom Ministerium für Volksbildung, von dem Schriftsteller und Publizisten Walter Kaufmann. Horst Schumann hat seine Teilnahme an einem großen Forum zugesagt, und nicht zuletzt werden wir auch das Berliner Ensemble mit seinem Nachtschicht-Programm begrüßen können. Das ist noch nicht alles. Wir erwarten weiteren Zusagen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Seminar „20 Jahre Potsdamer Abkommen“

Ein theoretisches Seminar mit Propagandisten zum Thema „20 Jahre Potsdamer Abkommen und die deutsche Frage“ in heutiger Sicht“ veranstalteten am Dienstag die Bildungsstätte der SED-Berliner Leitung und die Zentrale Forschungsgemeinschaft „Friedliche Koexistenz und nationale Frage“ an der Karl-Marx-Universität. Es referierten der Dekan der Juristenfakultät, Prof. Dr. Arzinger, über „Die Grundsätze des Potsdamer Abkommens und die europäische Sicherheit“ und Dozent Dr. Poeggel über „Das Potsdamer Abkommen – Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der Friedensregelung“.

Prof. Mayer: Hochschulreform der DDR studieren

In einem ADN-Interview äußerte Altrektor Prof. Dr. h. c. Dr. h. e. Georg Mayer zur „Aktiva 1. Juli“ u. a.:

„Die entschlossene Haltung der westdeutschen Studenten ist die begründete Reaktion auf die – auch vom gesamtdeutschen Standpunkt aus gesehen – tief zu beklagende Tatsache, daß die für das Bildungswesen in Westdeutschland Verantwortlichen die große geschichtliche Chance seiner im Geiste des Humanismus und der Demokratie sich vollziehenden Erneuerung, die mit dem völligen Zusammenbruch des Hitlerfaschismus für ganz Deutschland gegeben war, nicht wahrgenommen, sondern verspielt und damit das gesamte Bildungswesen – von der Volksschule über die Mittel- bis zur Hochschule – dem entscheidenden Einfluß jener Kräfte ausgeliefert haben, die von ihrer ökonomischen Machtposition aus den Bonner Staat beherrschten und seine Politik bestimmten...“

Ich bin nicht geschichtslos genug, einer gelassenen Kopie des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik das Wort zu reden. Aber mit um so größerem Nachdruck empfehle ich den westdeutschen Studenten ein sorgsameres Studium der einzelnen Blätter der auf dem Territorium der DDR durchgeführten Hochschulreform, durch die neben anderen das auch im Bonner Grundgesetz festgelegte Recht aller Bürger auf Bildung verwirklicht wurde.“

Proteste gegen Behinderung der Weltfestspiele

In zahlreichen Resolutionen geben Angehörige der Karl-Marx-Universität ihren Besorgnis über die Entwicklung in Algerien Ausdruck. Insbesondere protestieren sie gegen die Verhaftung Ben Bellas und von Mitgliedern des internationalen Vorbereitungsausschusses für die IX. Weltfestspiele. Die Angehörigen des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien schreiben u. a.:

„Besonders beunruhigt uns das Schicksal des von uns sehr verehrten Präsidenten Ben Bella, und wir fordern vom Revolutionsrat, diesen in aller Welt geachteten Politiker zu befreien und ihm eine würdige Behandlung angedeihen zu lassen.“

Gleichzeitig protestieren wir entschieden dagegen, daß der Revolutionsrat die Vorbereitung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten zunichte macht. Wir betrachten die Verhaftung der verantwortlichen Mitarbeiter des vorbereitenden Komitees für das Festival als einen Affront gegen die friedliebende Jugend der Welt. Wir verlangen die sofortige Freilassung dieser hervorragenden Vertreter der Jugend Algeriens und der Welt.“

Ernennungen und Berufungen

Der Staatssekretär für das Hochschul- und Fachschulwesen ernannte Dr. jur. Hans Ivens zum Dozenten für das Fachgebiet Völgelrecht am Dolmetscher-Institut.

Gewerkschafter und Wissenschaftler seien in der Bundesrepublik ein mächtiges Bündnis zur Verteidigung der Demokratie eingegangen. Das stellte der westdeutsche Publizist Prof. Dr. Eugen Kogon in einer Versammlung der Vertrauensleute des DGB-Kreises Düsseldorf fest. Er übte eine vernichtende Kritik an der Notstandsgesetzgebung und der von Bonn mit der Notstandsverfassung verbundenen Zielsetzung. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die vom Bundestag verabschiedeten sogenannten einfachen Notstandsgesetze erklärte er, sie dienten ausschließlich der „Vormilitarisierung der westdeutschen Gesellschaft“.

Professur Kogon appellierte an den DGB, seinen Widerstand gegen die Notstandsgesetze fortzuführen. In dieser Situation bedürfe es einer Bewegung der ganzen Bevölkerung für den Frieden. Gewerkschaften und Wissenschaftler sollten einen „Wachsamkeitsausschuß“ gegen die vom „primitiven Antikommunismus“ getragene Notstandsgesetzgebung bilden.

Der westdeutsche Wissenschaftler warf der SPD-Führung politische Blindheit und Versagen in einer für die Demokratie und den Frieden lebenswichtigen Situation vor. Leidenschaftlich wandte sich Kogon gegen die Erklärung Eilers, die außerparlamentarische Opposition habe kein moralisches Recht, die Ablehnung der Notstandsgesetze zu fordern. „Niemand hat das Recht, uns unser Gewissen abzusprechen!“

In einer Erklärung zu den Bundestagswahlen, die u. a. von Prof. Dr. Max Hense (TH Stuttgart), dem SDS-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, Eduard Glöckner, sowie Gewerkschaftsführern unterzeichnet wurde, heißt es: „Die Bonner Parteien wissen sehr wohl, daß Notstandsgesetze und atomare Bewaffnung mit dem Buchstaben und dem Geist des Grundgesetzes unvereinbar sind. Deshalb wichen sie einer öffentlichen Diskussion über die wichtigen Grundfragen der deutschen Politik aus.“ Es gehe bei den Wahlen nicht um neue Personen, die am bisherigen alten politischen Konzept hängen, sondern es gehe heute darum, einer neuen zukunftsweisenden Politik den Weg zu ebnen. „Wer diese Politik will, muß dazu beitragen, daß Demokratie und Grundgesetz erhalten bleiben. Wer diese Politik will, muß die gegenseitige Sicherheit auf dem Wege der Abrüstung zu erreichen suchen.“

Wider die Notstandsgesetze ...

... und den wahren Notstand

1. Juli – Kampftag gegen den Bildungsnotstand

München, 10 000 Studenten der Universität und der TH forderten eine umfassende Studien- und Begabtenförderung sowie eine durchgreifende strukturelle Reform des westdeutschen Hochschulwesens. Auf einem Transparent hieß es: „Schluß mit der Volksverdummung!“

Bonn, Rektor Dr. Moser: „Es ist alarmierend, daß nur fünf Prozent aller Studenten Arbeiterkinder sind und aus Bauernfamilien noch weniger kommen.“

Köln, 2000 Studenten stellten auf einer Protestversammlung fest, daß ihre Professoren durch ungenügende Arbeitsbedingungen „verschlossen“ werden.

Gießen, In einem schwarzverhüllten Sarge trugen Studenten symbolisch den letzten Gebildeten zu Grabe.

Nürnberg, Dem Protestzug der Studenten liefen drei Esel voraus, die Plakate mit der Aufschrift trugen: „Verküppeln wir die Bürger von 1970?“

Frankfurt (Main), Prof. Dr. Rauschenberger erklärte, der augenblickliche Stand des westdeutschen Bildungswesens entspreche den gesellschaftlichen Bedingungen des 19. Jahrhunderts.

Gegen die Verabschiedung des Konkordats zwischen dem Land Niedersachsen und dem Vatikan, in dem u. a. ein verstärkter Ausbau der Konfessionsschulen vereinbart wird, demonstrierten am 30. Juni in Hannover mehrere tausend Studenten und Schüler. 200 Bereitschaftspolizisten gingen mit bläulicher Brutalität gegen die Demonstranten vor.

Foto: Zentralbild (DPA-Tel)

„Wir Arbeitervertreter geißeln den Bildungsnotstand besonders deswegen, weil er die politische Reaktion begünstigt“, sagte der Gewerkschaftsfunktionär Georg Benz am 1. Juli vor 1000 Westberliner Studenten. Wem dieser Zusammenhang bislang verborgen war, dem dürften die jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Erhard zum Kampf gegen den Bildungsnotstand die Augen öffnen. Er, der es für erforderlich hält, Westdeutschland „auf eine Situation vorzubereiten, in der alles durcheinandergeht, eine Situation, in der nur die Militärkommandanten bestimmen“, bezeichnete die Aktionen gegen den Bildungsnotstand als „ungeheueren Unfug“ und erklärte mit deutlicher Anspielung auf die Proteste gegen Notstandsgesetze und Bildungsnotstand: „Da gibt es einen Intellektuellismus, der kippt in Idiotie um.“ Die Intellektuellen würden nur Unzufriedenheit schüren, von der Sache aber nichts verstehen.

Aus diesen Worten spricht die Furcht vor der Kraft des Mannes, der auf die Straße geht, die Furcht vor der sich noch und noch durchsetzenden Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Atomrüstung, Notstandsdictator und bewußter Volksverdummung, die Furcht vor Vereinigung der demokratischen Kräfte, insbesondere der fortschrittlichen Kreise der westdeutschen Wissenschaftler und Studenten mit der organisierten Arbeiterklasse – zumal viele westdeutsche Studenten und Wissenschaftler Innenminister Höcherl nicht den Gefallen teilen, auf Anklage zu verzichten und sich auf Werbung für den Bildungsgedanken zu beschränken, zumal das durch die Diktatorgesetze aufgeführte politische Gewissen großer Teile der westdeutschen Bevölkerung noch wie vor wach ist. Sicher aber reichen die bisherigen Aktionen und das Maß der politischen Erkenntnis und Verantwortung jedes einzelnen nicht aus, um die geistige und materielle Heranführung Westdeutschlands an den Krieg aufzuhalten. Jeder Westdeutsche ist verantwortlich für das, was die Bonner Regierung tut“ mahnte deshalb Walter Ulbricht auf der 10. ZK-Tagung. Sie haben für eine Regierung zu sorgen, „die mit der Politik der Provokationen, des Anheizens der Spannungen und der Kriegsvorbereitungen Schluß macht“.

Wir in der DDR werden unserer Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Deutschland gerecht und unterstützen diesen Widerstand der westdeutschen Bevölkerung am besten, indem wir den Aufbau des Sozialismus und unser ganzes gesellschaftliches Leben so entwickeln, daß die Westdeutschen erkennen: Die DDR ist das Fundament des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in Deutschland. Vor den Studenten der Karl-Marx-Universität steht mit dem Leipziger Studentensommer 1965 ein wichtiger Abschnitt dieses Kampfes. Mit der Erhöhung ihrer Verteidigungsbereitschaft und guten Ausbildungsergebnissen, mit dem intensiven Studium der Lage in Deutschland, den gesellschaftlichen Arbeitseinsätzen und der wirksamen Vorbereitung des neuen Studienjahres werden sie der Verantwortung in hohem Maße gerecht, die heute jeder Deutsche für die Sicherung des Friedens in Deutschland trägt: Sie tragen bei zur Wappung der DDR gegen Kriegsprovokationen und dazu, daß die westdeutsche Bevölkerung immer besser erkennt, wer ihr Feind ist, was ihr Feind ist und was sie tun muß. Mögen sich alle Teilnehmer darüber bewußt sein, wenn am Montag in der Marschnerstraße das erste Studentenlager dieses Sommers eröffnet wird.

